

Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V.

Wahlprüfsteine Wohnen Kommunalwahl 2026

Antworten CDU

1. Welche Elemente bilden das Leitbild Ihrer Wohnungspolitik?

Die Leitlinie ist bezahlbarer Wohnraum durch Nachverdichtung, Dachausbau, Aufstockung, energetische Sanierung und gezielte Neubaugebiete sowie ein städtisches Wohngeld und Förderung von Mitarbeiter- und Studierendenwohnungen. Stadtentwicklung soll bodenschonend, sozial ausgeglichen und mit klaren Gestaltungsstandards erfolgen. Ein unabhängiger Gestaltungsbeirat und eine Evaluierung regulierender Satzungen sollen Qualität und Verlässlichkeit sichern.

2. Welche Antworten haben Sie für die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen in Planungs-, Wohnungs- und Bodenpolitik?

Genehmigungsverfahren für Ausbau und Aufstockung vereinfachen, Bestandsreserven (Leerstand) aktivieren, gezielt Neubaugebiete ausweisen, die ABG als sozial verantwortlich handelnde Gesellschaft stärken sowie ein Sofortprogramm für Belegrechte und ein städtisches Wohngeld einführen. Die Planungen sollen die Verkehrs- und soziale Infrastruktur von Anfang an berücksichtigen.

3. Wie wollen Sie erreichen und sicherstellen, dass der erbbaurechtsbedingte Anteil der Kaltmiete für gemeinwohlorientierte Wohnraumbewirtschaftung dauerhaft bezahlbar bleibt?

Die Höhe der Erbpacht muss sich bei städtischen Grundstücken aus Gründen der Gleichbehandlung an die festgelegten Sätze halten. Bezahlbaren Wohnraum wollen wir durch Förderprogramme, gezielte Subjektförderung im sozialen Wohnungsbau und städtische Förderinstrumente schaffen.

4. Welche Schritte planen Sie, um gemeinwohlorientierte Projekte vor weiter steigenden Bodenpreisen zu schützen?

Der beste Schutz vor steigenden Bodenpreisen ist, die Verfügbarkeit von bebaubaren Grundstücken zu erhöhen. Wir wollen brachliegende Grundstücke einer Nutzung zuführen, geeigneter Baugebiete gezielt ausweisen und städtische Instrumente nutzen (z. B. Vorkaufsrecht, Erbbaurecht, Förderprogramme), um Flächen gezielt für gemeinwohlorientierte Träger zu sichern. Außerdem wollen wir Konzept- und Vergabeverfahren nutzen.

5. Welche Anforderungen müssen in kommunale Planungsprozesse aufgenommen werden, damit zukunftsweisende städtebauliche Konzepte in Frankfurt zum Standard werden?

Elemente sind Gestaltungssatzungen und eine soziale sowie funktionale Durchmischung als Ziele; kleinere, flexible Vergabeverfahren und frühe Beteiligung der Öffentlichkeit sind vorzusehen. Ergebnisorientierte Vorgaben und klarere Zeitpläne sollen die Umsetzung beschleunigen. Satzungen sollen evaluiert werden, um die Erfahrungen bei künftigen Vorhaben zu nutzen.

6. Wie wollen Sie die Entwicklung des Kulturcampus innerhalb Ihrer Amtszeit voranbringen?

Die CDU fordert einen klaren, zügigen Planungs- und Umsetzungsprozess, der Kultur, Bildung und Wohnen verknüpft. Wir wollen eine Ein-Standort-Lösung für die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst. Statt ewiger Verzögerung müssen endlich konkrete Entscheidungen getroffen werden. Zwischennutzungen müssen ermöglicht werden, um Leerstand sinnvoll zu überbrücken.

7. Welche Perspektiven sehen Sie für die Wohnprojektgruppen, die 2014 im Auswahlverfahren den Zuschlag erhielten?

Die CDU erkennt gemeinschaftliche Projekte an, möchte deren Chancen prüfen und spricht sich dafür aus, Konzeptverfahren zu nutzen, damit gemeinschaftliche und genossenschaftliche Projekte realisiert werden können; die praktische Umsetzung soll durch ein gezieltes Flächenangebot und die Prüfung von Förderinstrumenten unterstützt werden.

8. Wie positionieren Sie sich zu möglichem Erhalt und Nachnutzung bzw. Abriss des Juridicums?

Wir wollen einen Abriss des Juridicums und eine Ein-Standort-Lösung für die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, um die bestmögliche Nutzung des Kulturcampus zu ermöglichen; Ziel ist eine zügige, planbare Nachnutzung.

9. Welche Strategien und Maßnahmen wollen Sie einsetzen, um eine gute Quartiersentwicklung und lebendige Nachbarschaften zu fördern?

Lebensqualität sichern durch: kleinteilige städtebauliche Vielfalt; frühzeitige Einbindung von Bewohnerinnen und Bewohnern; gemischte Nutzung, Nahversorgung und soziale Infrastruktur von Anfang an; Pflege von Grün- und Freiräumen; Quartiersgaragen und Mobilitätsstationen.

10. Werden Sie eine Leerstandssatzung gegen spekulativen Leerstand einführen?

Es gibt in Frankfurt keine überdurchschnittlichen Leerstände. Um Leerstände zu beenden oder gar nicht erst entstehen zu lassen, ist es erfolgversprechender, Rahmenbedingungen, die die Vermietungen von Wohnungen oder die Bebauung von Grundstücken attraktiver machen, zu schaffen, als bürokratische Regelungen zu erlassen.

11. Wie bewerten Sie neue Regelungen zu Zweckentfremdung und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen – und welche Strategien wollen Sie verfolgen?

Die CDU hält Zweckentfremdungsbekämpfung für wichtig und will bei Umwandlungen Regelungen prüfen, dabei aber auch Umzüge und soziale Härten abfedern; Ziel ist, Leerstand zu verhindern und bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Parallel sollen Förderungen für Wohneigentum für die Mittelschicht möglich bleiben.

12. Wie wollen Sie qualitätsvolle Kooperationen zwischen Stadt und selbstorganisierten Wohnprojekten stärken?

Durch Ausweitung von Konzeptverfahren, gezielte Vergabe von Flächen an gemeinwohlorientierte Träger, Pilotprojekte sowie durch partnerschaftliche Kooperationen mit Genossenschaften und kommunalen Akteuren. Die Verwaltung soll entsprechende Ressourcen bereitstellen.

13. Unterstützen Sie solche Pilotprojekte und damit den Zugang zu geeigneten Gebäuden oder Grundstücken?

Ja. Wir wollen erfolgreiche Kooperationen mit gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Initiativen ausbauen und solche Projekte besser in die städtische Entwicklungsstrategie einbinden. Die Aktivierung von Bestandsflächen und die Nutzung städtischer Grundstücke soll konsequent daraufhin geprüft werden, ob gemeinschaftliche Wohnformen dort realisiert werden können. So schaffen wir zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum und stärken lokale Initiativen.

14. Wie bewerten Sie die 15%-Quote des Baulandbeschlusses? Werden Sie dazu beitragen, die Quote konsequent zur Anwendung zu bringen?

Die CDU will den Baulandbeschluss zunächst aussetzen und später an die Realitäten anpassen, wenn der Wohnungsbau wieder anzieht. Wir wollen erfüllbare Forderungen, die praktikabel umsetzbar sind, und keine starren Quoten.

15. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Konzeptverfahren zu stärken und auf kleinere Flächen oder leerstehende Bestandsimmobilien auszuweiten? Welche Ressourcen wollen Sie der Verwaltung dafür bereitstellen?

Wir bekennen uns zum Konzeptverfahren als einem wichtigen Instrument für gemeinschaftliches Wohnen. Wir wollen prüfen, ob dieses Verfahren künftig auch für kleinere Flächen und Bestandsliegenschaften genutzt werden kann. Darüber hinaus soll die Verwaltung besser koordiniert und die Ansprechbarkeit erhöht werden, um Initiativen frühzeitig einzubinden.

16. Wie wollen Sie integrative Wohnkonzepte für alle Generationen fördern und mehr generationenübergreifende Wohnprojekte in Frankfurt stärken?

Förderung durch diverse Wohnformen im Quartier, Förderung von genossenschaftlichem Wohnen, Umzugsförderprogramme zur passgenauen Zuordnung von Wohnraum und Unterstützung generationenübergreifender

Projekte als Bestandteil der Quartiersplanung. Programmbetonte Maßnahmen sollen soziale Mischung und Austausch fördern.

17. Welche Rolle sollen selbstorganisierte Wohnformen im Alter spielen, und wie unterstützen Sie entsprechende Modellprojekte?

Selbstorganisierte Wohnformen sollen ergänzend zur kommunalen Versorgung zu einem selbstbestimmten Leben im Alter beitragen. Wir wollen Pilotprojekte, Förderungen und Kooperationen mit städtischen Wohnungsgesellschaften, um ein Wohnen im vertrauten Umfeld zu ermöglichen.

18. Planen Sie spezielle Förderprogramme oder Modellprojekte zum Wohnen im Alter, um innovative und selbstorganisierte Wohn-Pflege-Projekte zu unterstützen?

Wir wollen älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Quartier ermöglichen und dafür wohnortnahe Unterstützungsangebote stärken. Wir setzen auf passgenaue Versorgung im Wohnumfeld und die bessere Verzahnung von Wohnen und Pflege. Ob spezielle Förderprogramme oder Modellprojekte notwendig sind, werden wir im Dialog mit Trägern und Initiativen prüfen. Ziel ist eine Versorgung, die Umzüge vermeidet und Alltagshilfe wohnortnah sicherstellt.

19. Welche klimagerechten Lösungen im Bereich Bauen und Wohnen wollen Sie voranbringen – und wie sollen sie umgesetzt werden?

Wir wollen energetische Modernisierungen erleichtern, Photovoltaik auf geeigneten Dächern sowie einen Ausgleichsfonds, um soziale Härten bei Modernisierungen abzufedern. Förderprogramme sollen die Umsetzung erleichtern. Bestehende Satzungen sollen auf ihre Wirksamkeit und etwaige unerwünschte Folgen hin evaluiert werden.

20. Wie stellen Sie sicher, dass energieeffizientes Wohnen für alle Einkommensschichten bezahlbar bleibt?

Die CDU will energetische Modernisierungen erleichtern und gleichzeitig die Sozialverträglichkeit über einen Ausgleichsfonds sicherstellen, damit Klimaschutz nicht zu Verdrängung führt. Förderprogramme sollen gezielt niedrige Einkommensschichten entlasten.

21. Wie wollen Sie klimaschonende Mobilität in Wohnquartieren fördern? Würden Sie eine Anpassung der Stellplatzsatzung zugunsten solcher Projekte unterstützen?

Wir wollen den ÖPNV ausbauen und verlässlicher machen, Carsharing fördern und Mobilitätsstationen für einen einfachen Übergang zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln einrichten. Quartiersgaragen schaffen Parkplätze und verhindern Parksuchverkehr. Stellplatzanforderungen müssen pragmatisch und bedarfsorientiert geprüft werden.

22. Wie wollen Sie klimafreundliche Quartiere gestalten und entsprechende Ansätze künftig in der Stadtentwicklung verankern?

Wir wollen grundsätzlich ein Gleichgewicht aus Wohnen, Grün und nachhaltiger Infrastruktur. Klima- und Umweltschutz sowie Klimaanpassung sind zentrale Anliegen einer verantwortungsvollen Stadtentwicklung, die in Bebauungsplänen und anderen Planwerken verankert werden müssen. Stichworte sind Grün- und Freiflächen, Regenwassernutzung, nachhaltige Energiegewinnung und -versorgung, beispielsweise Photovoltaik und Geothermie.